

Und was dann...?

In Anbetracht der Tatsache, daß sich in den Kommunen — wie schon wiederholt berichtet — „gegenwärtig ein Investitionseinbruch von bisher nicht gekannten Ausmaßen vollzieht, daß die finanzielle Notlage speziell der Städte Formen angenommen hat, die um Konjunktur und Wachstum fürchten lassen“, ist es nicht verwunderlich, wenn in den verantwortlichen Gremien der Städte jetzt der „Rotschliff“ regiert, wenn gekürzt und gestrichen wird, wo das auch nur vertretbar erscheint, wenn nicht nur an „freiwilligen Leistungen“ und an „heiligen Kühen“ gerüttelt wird, sondern wenn man auch den Bürger noch mehr zur Kasse bittet. In der Ratssitzung kommende Woche werden wir wieder einmal diese bittere Erfahrung machen müssen. Zum 1. April 1983 sollen die Stromtarife um 4,9 Prozent erhöht werden; bereits ab 1. Januar 1983 denkt man an eine Anhebung der Entgelte für das Hallenbad um rund 15 Prozent und für die Musikschule um eine „zumutbare“ Größenordnung, während andererseits die Pauschale für die Betreuungskosten der Seniorenklubs gesenkt werden soll. Es bleibt dennoch ein ziemlicher Bedarf an Zuschüssen, und der ist angesichts der katastrophalen finanziellen Lage der Stadt eh schon zu hoch.

Da soll uns — notabene — der schleswig-holsteinische Innenminister Karl-Eduard Claussen doch einmal verraten, wie die Kommunen seinem Aufruf zu „größtmöglichen Investitionen“ folgen sollen, zumal er sich gleichzeitig zu der von den kreisfreien Städten geforderten Umverteilung der Finanzausgleichsmasse sehr zurückhaltend geäußert hat. Aber genau da liegt der Hund begraben, soweit es die Fürsorge des Landes für die Gemeinden angeht. Denn das System des Finanzausgleichs ist schief; die kleinen Gemeinden können sogar Rücklagen aufbauen, während die großen Städte am Hungertuch nagen. Wenn da keine Änderung kommt — was dann...?

Doch zurück zu den bevorstehenden Tarif- und Entgelt-Erhöhungen bzw. Leistungskürzungen in Flensburg. Das wird auch den Stadtvätern sicherlich „so lieb wie Bauchweh“ sein — vor allem jetzt unmittelbar vor zwei wichtigen Wahlen. Aber auch die Kommunalpolitiker stehen der Entwicklung machtlos gegenüber. Die Kostensteigerungen und die Preisentwicklung überrollen einfach alle Möglichkeiten lokaler Dämpfung; selbst eine tarifautonome Ratsversammlung muß sich der wirtschaftlichen Gesamtsituation beugen. Es hat keinen Zweck, von ihr zu verlangen, sie sollte den Anträgen nicht zustimmen. Sie steht eben wieder einmal vor einer Situation, die sie zumindest zum größten Teil nicht zu verantworten hat.

Bei der Musikschule schlägt nicht nur die schwierige finanzielle Lage der Stadt durch, sondern auch die Kostenentwicklung (im wesentlichen die Personalkosten) im eigenen Bereich. Beim Hallenbad hat sich der Zuschußbedarf zwar nicht erhöht, er ist aber — gemessen an der allgemeinen Situation — mit 730 000 DM selbst nach der Entgelt-Erhöhung immer noch zu hoch (ein Problem, das auch bei den „freiwilligen Leistungen“, z. B. bei den Pauschalen für die Seniorenklubs, eine Rolle spielt). Und beim Stromtarif machten sich die inzwischen eingetretenen Erhöhungen im Primärenergiebereich sowie bei allen anderen Kostenfaktoren bemerkbar. Die billige Reserve ist aufgebraucht, jetzt geht es an den teureren „Nachschub“.

Da erinnern wir uns an die Aussage der Stadtwerke vom April dieses Jahres, wonach eine Fernwärme- bzw. Strompreiserhöhung zur Zeit nicht zur Debatte ste-

he... „und — soweit wir es heute übersehen können — auch im nächsten Winter nicht zur Debatte stehen wird“. Nun, dieses Versprechen hat man wenigstens gehalten. Die Erhöhung erfolgt erst ab 1. April 1983 und dann auch nur beim Strom. Bei Wärme, Wasser, Verkehr und Hafen konnte man die bisherige Tarifgestaltung wahren. Man wollte „größere Zurückhaltung“ üben, wie es jetzt hieß. Also ein zum Teil doch noch „politischer Preis“.

Das bringt uns auf ein anderes Thema, das ebenfalls in der nächsten Ratssitzung anstehen wird: die Umwandlung der Stadtwerke in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Die Stadtwerke sollen also künftig eine Eigengesellschaft der Stadt werden wie schon die Wobau oder die „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung“. Dabei geht es um „steuerliche und finanzielle Gründe“. Man erhofft sich durch die städtische Gesellschaft in privatwirtschaftlicher Form aber auch eine höhere Flexibilität, einen freieren Umgang sowohl mit den Kunden als auch mit den umliegenden und angeschlossenen Gemeinden als Partnern. Aber die Tarifgestaltung unterlag bisher nachdrücklich der Kontrolle durch das kommunale Parlament; politische Entscheidungen gaben letztlich den Ausschlag. Wird das auch künftig so sein? Wird das Ratsmitglied, das aus dem Mantel des Stadtvertreters in den des Gesellschafters schlüpft, ein anderes sein — oder kommt es, auch hier auf die politische Vorgabe an (um den Begriff „imperatives Mandat“ zu vermeiden, dessen Existenz sowieso geleugnet wird)?

Ein zweiter Punkt dazu ist: Hat man sich die Umwandlungs-Entscheidung reiflich überlegt? Erinnern wir daran, daß erst in den 40er Jahren die bis dahin selbständigen Gesellschaften der Versorgung (GmbH für Gas, Wasser, Strom usw.) in einen städtischen Eigenbetrieb zusammengefaßt waren. Allerdings muß man dabei erkennen, daß sich die Wirtschaftsdaten der Stadtwerke seitdem enorm verändert haben und daß auch die zu zahlenden Steuerbeträge heute ganz andere Dimensionen erreichen. Und darum geht es im Grunde vor allem bei der bevorstehenden Umwandlung. Man will Steuern sparen und dadurch die Gewinne erhöhen. Angesichts der schon eingangs genannten Notlage der Stadt ein löbliches Unterfangen.

Aber — „eine Rechtsform soll man nicht aus steuerlichen Gründen ändern“, lautete bisher ein volkswirtschaftlicher Lehrsatz. Sollte es jetzt möglich sein, nur mit einem Federstrich Gelder einzusparen? Das klingt zu schön und zu leicht, um wahr zu sein. Den nichteingeweihten Bürgern — und sicherlich auch manchen etwas eingeweihteren Ratsherren — mag da ein flaues Gefühl im Magen beschleichen. Ob das nicht einen Haken hat, der die Frage aufwirft, was dann noch von dem vermeintlichen Überschub nachbleibt? Vielleicht bekommen wir eines Tages die Quittung für den jetzt doch etwas „a tempo“ vorbereiteten Schritt präsentiert. Und was dann...? Wir können nur hoffen, daß unsere Skepsis unberechtigt war. bewe.

Skepsis? Skepsis ist ein viel zu milder Ausdruck!